

REDE ERICH FENNINGER

Geschäftsführer der Volkshilfe Österreich

„Demokratie verteidigen“ am Heldenplatz am 23.3.2024

Haben wir das Recht
zu schweigen?
Oder vielmehr die Verpflichtung
zu handeln?

Rechtsextreme,
ob als Vorfeldorganisationen
oder Partei,
wollen die Demokratie zerstören
und durch eine iliberale,
autoritäre,
ersetzen.

Daher
ist die Demokratie
bedroht.

Unter Rechtsextremismus
verstehen wir eine Ideologie,
dessen Kernelement
soziale Ungleichheit
und Unwertigkeit ist,
und als
natürlich und überhistorisch
vermittelt wird.

Menschen werden
schon heute
immer aggressiver
abgewertet.
Die Folgen sind
rassistische Übergriffe,
Waffenfunde,
Angriffe auf Medienvertreter*innen,
Erstellung von Fahndunglisten,
Andersdenkende
werden wieder als
„Volksverräter.“ bezeichnet.

Die Würde des Menschen ist bedroht.
Die Würde des Menschen
anzugreifen,
ist ihr Programm.

Was bedeutet das schon jetzt
für die Zivilcourage?

Obwohl sie

noch nicht
an der Macht sind,
getrauen sich viele
Vertreter:innen großer Organisationen,
und Privatpersonen nicht mehr
öffentlich
gegen den Rechtsextremismus
aufzutreten.
Weil sie sich bedroht fühlen
und
Angst vor ihrer
möglichen
zukünftigen Macht haben.

Eines ihrer großen Vorbilder ist Viktor Orban.
Daher wissen wir genau
was uns hier
in Österreich drohen könnte.

Was würde das für kritische Bürger und Bürgerinnen?

Die kritische Zivilgesellschaft wird angegriffen werden,
in kürzester Zeit zerschlagenen
und
mundtot gemacht.
Andersdenkende
werden in brutaler Weise verächtlich
und unglaubwürdig gemacht.

Was bedeutet es für die Medien?

FPÖ-Politiker:innen schüren schon jetzt
Hass
gegen Journalist:innen
und Medien.
Zuletzt wurde ein PULS 24-Team
tätlich angegriffen.

Der öffentlich rechtliche Rundfunk
wird nicht
von Parteieneinflussnahmen befreit,
sondern unter ihre Kontrolle gebracht.
Unabhängige Medien wird es kaum mehr geben.

Was bedeutet das für den Rechtsstaat?

Sie wollen einen
rechten Rechtsstaat,
der ihnen
recht geben soll
um sie
zu legitimieren.
Das Recht soll der FPÖ folgen

und
nicht die FPÖ dem Recht.

Gewaltenteilung ist unerwünscht
Justiz und Verfassungsschutz
werden angegriffen.

Was bedeutet es für die Rechte von Menschen?

Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte
wird ausgehöhlt
um sie unwirksam zu machen.

Genfer Flüchtlingskonvention ade.

Diversität wird stark eingeschränkt und verboten.
Nach Vorbild Orban
wird es ein Anti-LGBT-Gesetz geben.

Was bedeutet es für Frauen?

Gleichstellung von Frauen wird abgebaut.
Frauen hätten aus der männlichen FPÖ Sicht
einen „Nestbauinstinkt“,
wären
„darauf aus,
zu gefallen“
und daher für politische Ämter
ungeeignet.

Sicherer Schwangerschaftsabbruch
wird eingeschränkt.

Was bedeutet es für unsere sozialen Rechte?

Der Soziale Wohlfahrtstaat wird abgebaut.
Die Mindestsicherung
hat die FPÖ
mit ihrer Sozialministerin Hartinger Klein
schon abgeschafft.

Falls es noch substanzielle Leistungen geben soll,
dann nur für Autochtone,
ohne Migrationshintergrund.

Sie schließen Verträge mit Putin,
und feiern Trump,
trotz und vielleicht auch wegen
dem Sturm auf das Kapitol.

Eine „Festung wie in Ungarn“ gefährdet
die Wirtschaft
und die Arbeitnehmerinnen Rechte.

Eine FPÖ in der Regierung
gefährdet die Demokratie.

Wir können unterschiedliche Weltanschauungen haben,
an unterschiedliche Dinge glauben
oder als Atheist:innen,
eben nicht glauben.
Wir können in vielen Fragen,
nicht einer Meinung sein.
Das hält die Demokratie aus,
davon lebt sie sogar.

Das was wir allerdings nicht brauchen
ist, dass andere Parteien,
extreme rechte Inhalte von der FPÖ übernehmen.
Es reicht uns auch nicht aus
zu sagen,
dass man
mit Kickl zwar nicht koalieren will,
aber mit der FPÖ
ohne ihn
koalieren würde.

Wir errichten eine so breite menschliche Feuermauer
wie heute möglich
für die Demokratie und
gegen eine Regierungsbeteiligung von Rechtspopulisten.
Sie kann links, Mitte und auch bürgerlich, liberal, rechts sein.

Dazu benötigen wir ein Versprechen
der demokratischen Parteien
nicht mit ihnen zu koalieren.

Und für uns alle in Österreich besonders im Jahr 2024

Die Verteidigung der Demokratie
wird weder im Fernsehen
noch online
zu sehen sein.

Sie wird nur übertragen,
wenn wir sie verteidigen.

Damit ist für uns klar:

Wir haben nicht
das Recht zu schweigen.
Wir haben die Verpflichtung
zu Handeln.

Und wir Handeln,

wir werden erfolgreich sein
und eine Koalition
mit dem Rechtsextremismus
verhindern.

Ein sozial und klimagerechtes Österreich
ist möglich.
Weil es uns gibt.